

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Johanna Voß, Dr. Kirsten Tackmann, Herbert Behrens, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/13053 –**

Versorgung mit schnellem Internet und Breitbandpolitik der Bundesregierung

Vorbemerkung der Fragesteller

Am 1. März 2013 hat die TÜV Rheinland AG dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) die aktuellen Zahlen zur Breitbandversorgung in Deutschland vorgelegt. In seiner diesbezüglichen Pressemitteilung sieht der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Philipp Rösler, Deutschland auf einem „Spitzenplatz in der Europäischen Union bei der Versorgung der Haushalte mit Hochleistungsnetzen“. Auch die Bilanz der Breitbandgrundversorgung sei positiv mit flächendeckenden Bandbreiten von mindestens 1 Mbit/s. „Wo erforderlich, bietet die immer stärker werdende Satellitentechnologie die Lösung für eine schnelle Internetverbindung.“ Gleichzeitig verlangt der Bundeswirtschaftsminister, dass „die Telekommunikationsunternehmen zu ihren Ankündigungen stehen und verstärkt in den Ausbau der Breitbandnetze investieren“. In den Medien ist jedoch immer öfter zu hören, dass Ortschaften wegen fehlender Breitbandanbindung für Einwohnerinnen und Einwohner sowie Unternehmen unattraktiv sind bzw. diese sogar abwandern und Deutschland beim Glasfaserausbau hinterherhinkt.

1. Warum meldet das BMWi, dass es zuversichtlich sei, „auch die nächste Etappe der Breitbandstrategie im vorgesehenen Zeitrahmen“ zu erreichen, wo doch die erste Etappe (flächendeckende Breitbandmindestversorgung mit mindestens 1 Mbit/s Übertragungsgeschwindigkeit bis Ende 2010) nicht im vorgesehenen Zeitrahmen erreicht wurde, nachdem Ende 2010 die Grundversorgung bei 98,3 Prozent der Haushalte lag und die ohne teure Satellitenverbindung immer noch nicht vollständig erreicht ist (vgl. Bundestagsdrucksache 17/9755, Antwort auf die Kleine Anfrage zu Frage 1 sowie Bundestagsdrucksache 17/11999, Antwort auf die Kleine Anfrage zu Frage 6)?

Die Breitbandversorgung mit mindestens 1 MBit/s ist für 99,7 Prozent aller Haushalte in Deutschland gewährleistet. Satellitenverbindungen bieten Bandbreiten bis zu 20 Mbit/s im Download und stellen eine preisgerechte Alternative für die Breitbandgrundversorgung dar.

2. Wie viele Haushalte (in absoluten Zahlen) haben keine Breitbandgrundversorgung von mindestens 1 Mbit/s mit festnetzbasierter Technologie?

Circa 1,9 Millionen.

3. Wie viele Haushalte (in absoluten Zahlen) verfügen nur per LTE (LTE: Long Term Evolution) über die Breitbandgrundversorgung von mindestens 1 Mbit/s?

Circa 240 000.

4. Wie viele Haushalte (in absoluten Zahlen) verfügen nur per Satellit über die Breitbandgrundversorgung von mindestens 1 Mbit/s?

Nach Angaben der Bundesnetzagentur nutzten Ende 2011 ca. 35 000 Haushalte in Deutschland einen bidirektionalen Internetzugang über Satellit.¹

5. Besteht nach Ansicht der Bundesregierung die Möglichkeit, dass zwischen den Angaben, die dem Breitbandatlas zu entnehmen sind, und der tatsächlichen Breitbandverfügbarkeit in Deutschland eine Diskrepanz besteht?

Wenn ja, wie kommt diese Diskrepanz zustande, und wie groß ist sie nach Einschätzung der Bundesregierung?

Die Daten des Breitbandatlas beruhen auf freiwilligen Lieferungen der Breitbandanbieter. Es gibt keine gesetzliche Verpflichtung für die Unternehmen, Daten bereitzustellen.

Bis Ende 2012 wurden von ca. 260 Telekommunikationsunternehmen detaillierte Breitbandversorgungsdaten geliefert und in die Darstellung einbezogen. Es ist davon auszugehen, dass diese Unternehmen maßgeblich zur Breitbanderschließung beitragen. In Einzelfällen kann es vorkommen, dass Unternehmen unversorgte Gebiete als versorgt melden. Zugleich werden mitunter bereits versorgte Gebiete nicht gemeldet. In der Regel beziehen sich solche Abweichungen aber nur auf einzelne Haushalte, sodass sich hieraus allenfalls marginale Auswirkungen auf die Verfügbarkeitszahlen ergeben.

Aufgrund der detaillierten Erhebungsmethode wird ein sehr valides Ergebnis erreicht. Der TÜV Rheinland setzt nach jeder Datenübermittlung ein komplexes Datenverifizierungsverfahren ein, um mögliche Unstimmigkeiten der Breitbandversorgungsdaten aufzudecken, abzuklären und zu korrigieren.

6. Ist mit der in der Pressemitteilung vom 1. März 2013 erwähnten Studie die im Auftrag der Europäischen Kommission erstellte Studie „Broadband coverage in Europe in 2011 – Mapping progress towards the coverage objectives of the Digital Agenda“ gemeint?

Wenn nicht, welche dann?

Ja.

¹ Bundesnetzagentur, Jahresbericht 2011.

7. Mit welchen Ländern vergleicht das BMWi Deutschland, wenn es mitteilt, Deutschland belege „den Spitzenplatz unter den großen EU-Ländern“?

Das BMWi hat Deutschland mit Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen und Spanien verglichen.

8. Nach welchen konkreten Kriterien wurden die Vergleichsländer ausgewählt, und warum wurden diese Kriterien gewählt?

Die Länder wurden hinsichtlich ihrer Größe und Einwohnerzahl ausgewählt.

9. Wurde auch ein Kriterium angewendet, das die wirtschaftliche Stärke des Landes widerspiegelt?

Wenn nein, warum nicht?

Nein.

Es handelt sich bei der Art der Länderauswahl um ein gängiges Vorgehen. In großen Ländern sind die Fragen der Breitbanderschließung ähnlich komplex und damit besser vergleichbar.

10. Welchen Platz nimmt Deutschland „bei der Verfügbarkeit von Bandbreiten größer als 30 Mbit/s“ unter allen Ländern der Europäischen Union (EU) ein?

Platz 14.

11. Welchen Platz nimmt Deutschland „bei der Verfügbarkeit von Bandbreiten größer als 30 Mbit/s“ unter denjenigen EU-Ländern ein, die nach dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf geordnet bis zu vier Plätze unter und über Deutschland liegen?

Platz 3.

	BIP pro Kopf	NGA Coverage Status innerhalb dieser Vergleichsgruppe
Finnland	49 350	2
Irland	47 513	7
Belgien	46 878	1
Frankreich	44 008	6
Deutschland	43 742	3
Vereinigtes Königreich	38 592	5
Italien	36 267	8
Spanien	32 360	4
Zypern	30 571	9

Quelle: www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistischesJahrbuch/StatistischesJahrbuch2012.pdf?__blob=publicationFile, Point topic und eigene Berechnungen

12. Ist sich die Bundesregierung bewusst, dass sich das Ziel der „Digitalen Agenda“ der EU bzgl. Übertragungsgeschwindigkeiten von 30 Mbit/s auf

die flächendeckenden Mindestbandbreiten bezieht, also die Grundversorgung, während bis 2020 mindestens 50 Prozent aller europäischen Haushalte Internetzugänge mit über 100 Mbit/s haben sollen?

Der Bundesregierung sind die Ziele der Europäischen Digitalen Agenda bekannt.

13. Sollte sich nach Ansicht der Bundesregierung das BMWi, nachdem nach eigener Aussage „der Schwerpunkt der Breitbandstrategie nun auf dem Ausbau flächendeckender Hochleistungsnetze“ liegt (Bundestagsdrucksache 17/4654), nicht sinnvollerweise auf den EU-Referenzwert für Hochleistungsnetze, also 100 Mbit/s, statt den EU-Gradmesser für die Grundversorgung, 30 Mbit/s, beziehen?

Die Bundesregierung hält an ihren ambitionierten Zielen fest.

14. Wie ambitioniert schätzt die Bundesregierung die eigenen Breitbandziele im Vergleich mit den Zielen der Digitalen Agenda der EU ein?

Im Vergleich mit Digitalen Agenda Europas sind die Ziele der Bundesregierung sehr ambitioniert, da die Bundesregierung bereits 2018 eine flächendeckende Verfügbarkeit mit ≥ 50 Mbit/s anstrebt. Im Gegensatz dazu strebt die EU bis 2020 eine flächendeckende Verfügbarkeit von ≥ 30 Mbit/s an.

15. Warum bezieht sich die Bundesregierung in ihren Breitbandzielen auf 50 Mbit/s als Gradmesser für die Hochleistungsnetze und nicht wie die EU auf 100 Mbit/s, insbesondere angesichts des großen technischen Unterschiedes bei der Realisierung von Übertragungsgeschwindigkeiten von mindestens 50 Mbit/s verglichen mit 100 Mbit/s?

Siehe Antwort zu Frage 13.

16. Wie will die Bundesregierung das langfristige Ziel der „Digitalen Agenda“ der EU (bis 2020 sollen mindestens 50 Prozent aller europäischen Haushalte Internetzugänge mit über 100 Mbit/s haben) unterstützen, nachdem Deutschland im EU-Vergleich beim Glasfaserausbau deutlich hinterherhinkt (s. FTTH Council Europe und Bundestagsdrucksache 17/11959)?

Die Bundesregierung setzt – wie die EU auch – auf einen technologieneutralen Ausbau. Insofern wird das Ziel der EU nicht nur durch einen Ausbau der Glasfaseranschlüsse bis ins Haus (FTTB/H) erreicht werden, sondern durch einen Technologiemix. Nach Angaben des Kabelnetzbetreiberverbandes ANGA² werden bereits die Kabelnetzbetreiber bis 2013 knapp zwei Drittel aller deutschen Haushalte mit mindestens 100 Mbit/s versorgen können.

17. Warum wurde bisher die Verfügbarkeit von 100 Mbit/s-Anschlüssen nicht erhoben (vgl. Bundestagsdrucksache 17/9755, Antwort auf die Kleine Anfrage zu Frage 18) – insbesondere vor dem Hintergrund der EU-Ausbauziele?

Dies ist vom Auftrag des TÜV Rheinland als Betreiber des Breitbandatlas nicht abgedeckt.

² ANGA, Tätigkeitsbericht 2012.

18. Erwägt die Bundesregierung, die Verfügbarkeit von 100 Mbit/s-Anschlüssen in nächster Zeit zu erheben?

Wenn ja, ab wann?

Wenn nein, warum nicht?

Nein.

Siehe Antwort zu Frage 13.

19. Sieht die Bundesregierung die Gefahr, dass mit Vectoring und LTE kurzfristig Ziele erreicht werden, aber der langfristig unumgängliche Ausbau von Glasfasernetzen verzögert bzw. sogar verhindert wird?

Wenn nein, warum nicht?

Nein, Vectoring stellt eine technische Möglichkeit dar, die bestehende Infrastruktur zu verbessern. Mit Vectoring wird der Wettbewerb zwischen den Infrastrukturen gestärkt und auch der Glasfaserausbau vorangetrieben, da Vectoring die Erschließung der Kabelverzweiger mit Glasfaserleitungen voraussetzt. In ähnlicher Weise gilt dies mittelfristig auch für LTE: Für höhere Leistungen ist neben zusätzlichen Frequenzen mittelfristig eine Anbindung der Basisstationen über Glasfaserleitungen erforderlich. Insofern wird über beide Technologien der Glasfaserausbau vorangetrieben.

20. An welcher Stelle steht Deutschland im EU-Vergleich bei Glasfaser-Breitband-Anschlüssen (FTTH und FTTB)?

Deutschland belegt hierbei (nach der in Frage 6 erwähnten Studie) Platz 22.

21. Wie wichtig findet die Bundesregierung den Ausbau von FTTH/ FTTB?

FTTB/FTTH sind Elemente im Rahmen des technologieneutralen Ausbaus.

22. Wie will die Bundesregierung ihr zweites Breitbandziel (Ende 2014 sollen 75 Prozent der Haushalte über Anschlüsse mit über 50 Mbit/s verfügen) erreichen, nachdem selbst unter günstigen Annahmen, also bei Fortschreiben der Wachstumsrate der Anschlüsse von 2011 bis 2012, dieses Ziel wohl verfehlt würde?

In Gemeinden mit mehr als 50 000 Haushalten wurde das 75-Prozent-Ziel bereits erreicht, in ländlichen Gebieten hat sich die Verfügbarkeit in den letzten zwei Jahren verdreifacht. Dies zeigt, dass der Breitbandausbau nicht linear stattfindet. Technologiesprünge, sowie die Anpassung von Rahmenbedingungen haben in der Vergangenheit zur Beschleunigung des Breitbandausbaus beigetragen. Vor diesem Hintergrund, sowie mit Blick auf die Investitionsankündigungen der Telekommunikationsunternehmen ist die Bundesregierung zuversichtlich, das Ziel zu erreichen.

23. Wie teilen sich die 55 Prozent der Haushalte mit einem Breitbandzugang von mindestens 50 Mbit/s Übertragungsgeschwindigkeit nach den neuesten Zahlen der TÜV Rheinland AG auf den städtischen, halbstädtischen und ländlichen Bereich auf (absolut und prozentual, Deutschland insgesamt und nach Bundesländern)?

Siehe Anlage.

24. Wie viele Haushalte haben aufgeteilt nach städtisch, halbstädtisch und ländlich (Deutschland insgesamt und Aufteilung nach Bundesländern) nach diesen neuesten Zahlen der TÜV Rheinland AG Zugang zu Breitbandanschlüssen mit mindestens 1 Mbit/s, 2 Mbit/s, 6 Mbit/s und 16 Mbit/s?

Siehe Antwort zu Frage 23.

25. Hält die Bundesregierung es für sinnvoll und angebracht, auf die Ankündigungen der Telekommunikationsunternehmen, verstärkt in den Ausbau der Breitbandnetze zu investieren, zu vertrauen, nachdem das Versprechen der LTE-Betreiber, bis Ende 2011 die letzten Versorgungslücken zu schließen, nicht eingehalten wurde (s. Bundestagsdrucksache 17/5588, Antwort auf die Große Anfrage zu Frage 37 sowie Pressemitteilung der Bundesagentur vom 26. November 2012 i. V. m. den Bundestagsdrucksachen 17/9755, Antwort auf die Kleine Anfrage zu Frage 6 und 17/11999, Antwort auf die Kleine Anfrage zu Frage 6)?

Wenn ja, warum?

Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung hat großes Vertrauen in die Leistungskraft der deutschen Telekommunikationswirtschaft. Intensiver Wettbewerb sorgt dafür, dass die Telekommunikationsunternehmen die notwendigen Investitionen vornehmen werden, um am Markt bestehen zu können. Der LTE-Ausbau ist auch international betrachtet eine Erfolgsgeschichte.

26. Welchen Grund haben Unternehmen nach Ansicht der Bundesregierung, „verstärkt in den Ausbau der Breitbandnetze“ (s. Pressemitteilung des BMWi vom 1. März 2013) zu investieren, nachdem die wirtschaftlichsten Gebiete bereits erschlossen sind?

Die Bundesregierung sieht die Breitbanderschließung vordringlich als Aufgabe des Marktes an. Sie setzt hierfür die geeigneten Rahmenbedingungen. Breitbandprojekte in ländlichen Regionen zeigen, dass sich der Ausbau auch in solchen Gebieten ökonomisch rechnen kann.

27. Wenn die Satellitentechnologie als „die Lösung für eine schnelle Internetverbindung“ (s. Pressemitteilung des BMWi vom 1. März 2013) bezeichnet wird, warum sollte überhaupt ein Ausbau mit anderen Technologien stattfinden?

Wie der Pressemitteilung zu entnehmen ist, bezog sich die Aussage auf die Breitbandgrundversorgung. Die Satellitendienste bieten hier insbesondere in ländlichen Gebieten eine Ergänzung zu leitungsgebundener und mobiler Infrastruktur.

28. Wenn die überall in Deutschland verfügbare Satellitentechnologie „die Lösung für eine schnelle Internetverbindung“ (s. Pressemitteilung des BMWi vom 1. März 2013) ist, warum gibt es dann nach Ansicht der Bundesregierung Ortschaften, die aufgrund fehlender Festnetzbreitbandanbindung für Unternehmen und Menschen als Niederlassungs- bzw. Wohnort nicht in Frage kommen?

Siehe Antwort zu Frage 30.

29. Sind nach Kenntnis des BMWi Breitbandverbindungen über Satellit im Normalfall teurer als sonstige Breitbandanschlüsse?

Nein.

30. Können nach Kenntnis des BMWi Breitbandverbindungen über Satellit nach qualitativen Kriterien mit kabelgebundenen Technologien mithalten?

Bei Satellitentechnologien handelt es sich um eine vollwertige Breitbandtechnologie, mit der alle Basisdienste genutzt werden können. Einschränkungen ergeben sich aufgrund der Signallaufzeit für bestimmte Online-Spiele.

31. Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass eine digitale Spaltung verhindert und ein bezahlbarer hochleistungsfähiger Internetzugang für alle Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen ermöglicht wird?

Die Bundesregierung treibt seit Jahren den Breitbandausbau erfolgreich voran. Die Breitbandstrategie der Bundesregierung hat auch in der EU eine Vorbildfunktion. Wichtig ist, dass die bestehenden Möglichkeiten auch genutzt werden, um eine digitale Spaltung zu verhindern.

32. Ist der Bundesregierung bewusst, dass vielfach Kommunen die Kosten für den Breitbandausbau übernehmen müssen, um für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen den Zugang zum schnellen Internet zu schaffen (vgl. Der Landkreis, Zeitschrift für kommunale Selbstverwaltung, März 2013)?

Der Breitbandausbau muss in erster Linie marktgetrieben vorangebracht werden. Breitband ist ein wichtiger Standortfaktor. Es liegt daher im Interesse jeder Kommune, ihre Standortattraktivität kontinuierlich zu verbessern. Sie können dies auf vielfältige Weise tun: Angefangen bei Bedarfsabfragen und Gesprächen mit Unternehmen bis hin zum Aufbau der Netze, auf deren Basis am Markt etablierte Unternehmen Dienste anbieten. Insofern begrüßt die Bundesregierung die Aktivitäten der Kommunen in den Breitbandausbau.

Wie will die Bundesregierung die Instandhaltung der auf diesem Weg aufgebauten Breitbandnetze sichern?

Dies ist nicht Aufgabe der Bundesregierung.

33. Wie stellt der Bund sicher, dass in den Gebieten, in denen eine betriebswirtschaftlich rentable Bewirtschaftung von Breitbandnetzen nicht möglich ist, der öffentlichen Hand die für den Breitbandausbau notwendigen Gelder zur Verfügung stehen?

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren umfangreiche Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt. Hierzu zählen u. a. die Gemeinschaftsaufgabe Agrar- und Küstenschutz (GAK), die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) und das Konjunkturpaket II. Allein in 2012 wurden GRW und GAK-Bundesmittel in Höhe von 16,2 Mio. Euro bewilligt. Die Förderung des Breitbandausbaus ist nicht alleinige Aufgabe des Bundes, sondern muss von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam geschultert werden. Vor diesem Hintergrund begrüßt die Bundesregierung, dass einige Bundesländer bereits Förderprogramme initiiert haben. Auch künftig werden Mittel der GAK, GRW und aus dem ELER-Fonds für den Breitbandausbau nutzbar sein.

34. Wie erklärt sich die Bundesregierung die Unterschiede im Grad der Breitbandversorgung mit mindestens 50 Mbit/s zwischen ost- und westdeutschen Bundesländern?

Dies ist historisch zu erklären: In den 80er-Jahren hat der Kabelausbau schwerpunktmäßig in den alten Bundesländern stattgefunden aufgrund der damals aufkommenden neuen privaten Fernsehprogramme. Kabel leistet einen erheblichen Beitrag zur Verfügbarkeit von Hochleistungsnetzen.

	Breitbandverfügbarkeit über alle Technologien						Versorgte Haushalte über alle Technologien					
	Prägung	≥ 1 Mbit/s	≥ 2 Mbit/s	≥ 6 Mbit/s	≥ 16 Mbit/s	≥ 50 Mbit/s	Prägung	≥ 1 Mbit/s	≥ 2 Mbit/s	≥ 6 Mbit/s	≥ 16 Mbit/s	≥ 50 Mbit/s
Deutschland	Städtisch	100,0	99,4	96,8	90,0	77,3	Städtisch	22.225.735	22.089.016	21.509.984	20.005.973	17.179.125
Deutschland	Halbstädtisch	99,2	96,1	84,5	63,0	32,1	Halbstädtisch	13.332.435	12.917.075	11.362.896	8.471.209	4.315.290
Deutschland	Ländlich	95,8	90,2	73,8	42,3	10,2	Ländlich	4.044.582	3.805.991	3.116.566	1.785.810	431.768
Baden-Württemberg	Städtisch	100,0	99,3	96,7	94,2	91,3	Städtisch	2.560.262	2.543.746	2.476.025	2.411.924	2.337.532
Baden-Württemberg	Halbstädtisch	98,9	95,8	85,5	75,6	65,0	Halbstädtisch	2.088.494	2.022.207	1.805.946	1.595.167	1.371.835
Baden-Württemberg	Ländlich	95,4	89,6	73,4	51,8	30,5	Ländlich	265.154	249.049	203.959	144.115	84.866
Bayern	Städtisch	100,0	99,7	98,1	93,2	74,9	Städtisch	2.643.205	2.636.276	2.591.946	2.463.737	1.980.144
Bayern	Halbstädtisch	99,3	97,0	87,8	68,3	22,6	Halbstädtisch	2.229.253	2.178.297	1.972.083	1.534.252	507.659
Bayern	Ländlich	96,9	92,2	78,5	54,0	10,0	Ländlich	1.005.350	956.816	814.529	559.967	104.140
Berlin	Städtisch	100,0	99,9	99,6	97,6	88,5	Städtisch	1.956.813	1.955.052	1.948.203	1.909.654	1.731.975
Brandenburg	Städtisch	100,0	98,7	93,8	77,8	55,5	Städtisch	282.425	278.847	264.905	219.861	156.716
Brandenburg	Halbstädtisch	99,7	96,5	84,7	54,8	14,9	Halbstädtisch	526.397	509.739	447.040	289.510	78.556
Brandenburg	Ländlich	94,7	89,6	75,5	38,1	7,0	Ländlich	409.141	386.942	326.189	164.522	30.314
Bremen	Städtisch	100,0	99,9	99,5	96,5	87,4	Städtisch	355.963	355.653	354.170	343.716	311.225
Hamburg	Städtisch	100,0	99,9	99,7	98,6	90,9	Städtisch	966.766	966.283	963.963	953.038	878.307
Hessen	Städtisch	100,0	99,6	97,0	90,8	83,7	Städtisch	1.682.753	1.677.002	1.632.258	1.528.343	1.408.987
Hessen	Halbstädtisch	98,3	95,0	79,0	58,2	40,0	Halbstädtisch	1.015.831	982.443	816.537	601.665	413.293
Hessen	Ländlich	94,7	89,7	71,8	40,9	15,8	Ländlich	176.274	166.915	133.700	76.211	29.357
Mecklenburg-Vorpommern	Städtisch	100,0	99,3	96,8	92,1	69,9	Städtisch	289.302	287.228	279.944	266.403	202.149
Mecklenburg-Vorpommern	Halbstädtisch	99,6	97,9	87,3	56,4	8,0	Halbstädtisch	244.067	239.986	213.898	138.286	19.666
Mecklenburg-Vorpommern	Ländlich	95,2	89,4	72,5	31,6	3,1	Ländlich	299.372	281.118	227.768	99.291	9.870
Niedersachsen	Städtisch	100,0	99,4	97,3	92,5	82,3	Städtisch	1.247.325	1.240.445	1.213.700	1.154.076	1.026.610
Niedersachsen	Halbstädtisch	99,5	96,5	85,7	66,5	29,8	Halbstädtisch	2.011.381	1.950.827	1.732.714	1.345.324	602.165
Niedersachsen	Ländlich	97,2	91,5	75,2	45,2	9,8	Ländlich	553.030	520.798	427.894	257.552	56.035
Nordrhein-Westfalen	Städtisch	100,0	99,0	95,4	87,4	78,5	Städtisch	6.492.225	6.430.366	6.198.188	5.673.708	5.099.713
Nordrhein-Westfalen	Halbstädtisch	99,3	95,2	82,1	61,3	40,9	Halbstädtisch	2.017.064	1.934.211	1.667.607	1.244.611	831.457
Nordrhein-Westfalen	Ländlich	97,1	92,7	78,5	58,2	33,4	Ländlich	104.628	99.811	84.541	62.715	35.991
Rheinland-Pfalz	Städtisch	99,9	99,0	95,0	85,5	58,8	Städtisch	774.690	767.922	737.105	663.371	455.623
Rheinland-Pfalz	Halbstädtisch	99,2	95,5	83,3	60,7	23,3	Halbstädtisch	890.271	857.573	747.836	545.282	209.356
Rheinland-Pfalz	Ländlich	93,6	85,4	64,0	33,9	12,5	Ländlich	201.337	183.641	137.682	72.868	26.968
Saarland	Städtisch	100,0	98,7	93,8	85,9	45,4	Städtisch	298.343	294.375	279.861	256.251	135.528
Saarland	Halbstädtisch	98,8	94,3	81,4	69,5	15,5	Halbstädtisch	191.232	182.521	157.576	134.612	30.034
Saarland	Ländlich	95,9	85,4	77,1	50,7	36,1	Ländlich	3.222	2.869	2.592	1.704	1.214
Sachsen	Städtisch	100,0	99,0	95,2	79,6	51,4	Städtisch	1.149.291	1.138.657	1.094.300	914.875	590.466
Sachsen	Halbstädtisch	99,2	95,5	82,2	41,5	7,3	Halbstädtisch	773.682	745.513	641.309	323.796	56.656
Sachsen	Ländlich	95,7	90,6	75,3	30,7	2,6	Ländlich	245.782	232.697	193.392	78.699	6.555
Sachsen-Anhalt	Städtisch	100,0	99,5	95,9	66,2	24,4	Städtisch	358.282	356.497	343.875	237.386	87.540
Sachsen-Anhalt	Halbstädtisch	99,3	96,8	82,9	50,9	4,9	Halbstädtisch	534.924	521.434	446.562	273.885	26.173
Sachsen-Anhalt	Ländlich	94,2	88,5	71,3	35,1	3,5	Ländlich	287.667	270.317	217.716	107.082	10.593
Schleswig-Holstein	Städtisch	100,0	99,7	97,7	91,3	76,3	Städtisch	804.904	802.505	786.756	734.799	614.280
Schleswig-Holstein	Halbstädtisch	99,7	96,9	84,4	58,4	31,5	Halbstädtisch	329.666	320.327	279.034	193.113	103.999
Schleswig-Holstein	Ländlich	96,9	87,5	60,6	27,7	10,4	Ländlich	233.039	210.514	145.717	66.638	24.970
Thüringen	Städtisch	100,0	98,6	94,9	75,6	44,7	Städtisch	363.186	358.163	344.785	274.830	162.332
Thüringen	Halbstädtisch	99,4	97,7	90,0	52,1	13,3	Halbstädtisch	480.174	471.998	434.754	251.708	64.440
Thüringen	Ländlich	95,0	89,1	73,2	34,4	4,0	Ländlich	260.586	244.504	200.887	94.447	10.895

